

**Niederschrift
zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Schloss-Stadt Hückeswagen**



Sitzungstermin: 17.09.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Ort: im Heimatmuseum, Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Persian, Dietmar,
Bürgermeister

Mitglieder

Endresz, Willi für Herrn Bannies
Grasemann, Hans-Jürgen
Hager, Wilfried
Mallwitz, Stefan
Meine, Martin
Moritz, Frank
Päper, Cornelia
Sabelek, Egbert
Schütte, Christian
Thiel, Brigitte
von der Neyen, Marc
von Polheim, Jörg
Wachs, Tobias für Herrn Fischer
Wolter, Michael

von der Verwaltung

Bever, Isabel
Garschagen, Michaela für Herrn Klewinghaus
Heymann, Stefanie für Herrn Schröder
Kemper, Torsten
Raabe, Marco für Herrn Klewinghaus
Stehl, Alexander

Es fehlten:

Mitglieder

Bannies, Harald
Fischer, Rolf

von der Verwaltung

Klewinghaus, Dieter
Schröder, Andreas

Winter, Monika

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse. Er begrüßt besonders Herrn Robert als Gast zum TOP „Friedhofsgebühren“ und Herrn Manfred Blumberg vom Klimabündnis für die Anregung nach § 24 GO.

Da Herr Roller nur begrenzt Zeit hat, schlägt Herr Persian vor, die TOPs 2 und 3 zu tauschen. Dies wird befürwortet. Bei den TOPs 6 und 7 gibt es inhaltliche Änderungen, die bei den jeweiligen TOPs erläutert werden.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Fragestunde für Einwohner
- 2 Bericht über Kalkulation der Friedhofsgebühren **FB I/3759/2019**
- 3 Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung: Resolution zur **RB/3712/2019**
Ausrufung des Klimanotstands
- 4 Projektliste Regionales Gebäudemanagement **FB IV/3752/2019**
- 5 Änderung des Stellenplanes 2019: Einrichtung einer Stelle **FB I/3758/2019**
im Bereich Regionales Gebäudemanagement
- 6 Öffentlich - rechtliche Vereinbarung zur Zentralen Verga- **FB I/3741/2019**
be- und Beschaffungsstelle
- 7 Änderung des Stellenplanes 2019: Einrichtung einer Voll- **FB I/3755/2019**
zeitstelle und Freigabe von 2 Stellen im Bereich der Zent-
ralen Vergabestelle
- 8 Änderung des Stellenplanes 2019 und Freigabe einer Teil- **FB I/3756/2019**
zeitstelle im Bereich der Liegenschaftsverwaltung
- 9 Änderung des Stellenplanes 2019 und Stellenfreigabe im **FB I/3747/2019**
Bereich Stadtplanung
- 10 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Stellenfreigabe im Bereich Schulhausmeister **FB I/3757/2019**
- 2 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

zu 2 Bericht über Kalkulation der Friedhofsgebühren Vorlage: FB I/3759/2019

Herr Robert Roller berichtet über die Kalkulation der Friedhofsgebühren aufgrund des veränderten Nutzungsverhaltens und zur Sicherstellung der Rechtssicherheit. Seine Präsentation ist in der Anlage beigefügt.

Wesentlich ist hierbei, dass die Kosten anders verteilt werden als in der Vergangenheit, um mehr Gebührengerechtigkeit und Rechtssicherheit herzustellen.

Im Ergebnis werden die Grabnutzungsrechte (die für einen Zeitraum von 25 bzw. 30 Jahre entrichtet werden) teurer, wohingegen bei den Kosten für die Begräbnisse eine Gebührensenkung erreicht wird. In Summe werden nicht mehr oder weniger Erträge generiert als vorher, es wird nach wie vor eine kostendeckende Gebühr kalkuliert.

Die Veränderung der Gebührensätze – vorgestellt werden hier vorläufige Berechnungsergebnisse – ist demnach im Wesentlichen auf die Veränderung der Begräbnisformen zurückzuführen. Die Urnenbestattungen müssen deutlich stärker an den Gesamtkosten des Friedhofs beteiligt werden.

Aus dem Ausschuss wird festgestellt, dass beide Bestattungsformen im letzten Jahr zurückgegangen sind. Hier soll geprüft werden, ob es dafür Gründe gibt.

Es wird nachgefragt, ob auch ein „grünpolitischer Anteil“ für den Erholungswert des Friedhofes einkalkuliert ist. Damit würde ein Teil der Kosten durch die Allgemeinheit getragen. Frau Bever teilt mit, dass dies bisher nicht der Fall ist, dies ist aber – zu Lasten des allgemeinen Haushalts – möglich. Letztlich entscheidet der Rat, ob und wenn ja in welcher Höhe ein sogenannter grünpolitischer Anteil berücksichtigt werden soll. Dieser trägt dem Umstand Rechnung, dass der Friedhof auch als Grünanlage dient. Daher würde ein solcher Anteil den allgemeinen Haushalt belasten und die Gebühren insgesamt entlasten. Die Berücksichtigung dieses Aspektes ist nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Auf Nachfrage berichtet Herr Roller, dass die in verschiedenen Kommunen stark unterschiedlichen Bestattungsgebühren in der Regel kaum vergleichbar sind. Es ist auch zu beachten, dass nicht alle Kommunen bei den Gebühren auf eine Kostendeckung achten.

Für die kommenden Sitzungen sind Beschlüsse über die Gebühren vorgesehen. Hierzu werden die ausführlichen Kalkulationsunterlagen zur Verfügung gestellt

und es erfolgt eine weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss im November.

zu 3 Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands

Vorlage: RB/3712/2019

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes unterstreicht Bürgermeister Persian, dass er ein Umdenken in der Klimapolitik für unbedingt notwendig erachtet. Allerdings sieht er den Begriff „Notstand“ hierfür nicht als geeignet an.

Herr Manfred Blumberg vom Klimabündnis Oberberg erläutert die Anregung. Er weist auf die umfangreichen Maßnahmen hin, die zu einer Rettung des Klimas notwendig sind. Dabei geht er davon aus, dass Einschränkungen für die Menschen unumgänglich sind, da ein Wandel notwendig ist. Dennoch könne man nicht erwarten, alles auf einmal umzusetzen. Der Klimanotstand wäre ein wichtiges Signal an die Bevölkerung und er bittet den Ausschuss, diesem zuzustimmen.

Herr Schütte teilt für die CDU mit, dass aus seiner Sicht konkrete Maßnahmen notwendig sind. Hückeswagen hat bereits einiges für den Umweltschutz getan, es sind aber noch weitere Schritte notwendig. Mit einer Resolution lässt sich das Problem nicht lösen, darüberhinaus sieht er auch den Begriff des „Notstands“ nicht als angemessen an. Er schlägt vor, in der kommenden Legislaturperiode einen eigenen Umweltausschuss einzurichten.

Herr Grasemann berichtet für die SPD, dass ein Notstand zwar Signalwirkung haben kann, dass der Beschlussentwurf aus Sicht der SPD aber zu unklar definiert ist. Insbesondere wird dort auf die umfangreichen Berichte des Weltklimarates (IPCC) verwiesen, die aber nur auf Englisch vorliegen. Hier bittet er das Klimabündnis um Bereitstellung deutscher Fassungen.

Herr von Polheim stellt klar, dass die FDP hinter den Zielen des Pariser Abkommens steht. Es sei aber auch eine Akzeptanz für Maßnahmen in der Bevölkerung notwendig. Der unbedingte Vorrang des Klimaschutzes im Beschlussentwurf könne die Verwaltung lähmen. Er sieht ebenfalls keinen Nutzen alleine durch eine Resolution.

Herr Sabelek teilt für die Grünen mit, dass eine Resolution zum Klimanotstand unterstützt wird. Er hält den „Notstand“ für einen gängigen Begriff, der auch hier verwendet werden kann. Auch er sieht es für sinnvoll an, wieder einen Umweltausschuss zu bilden und dort konkrete Maßnahmen zu beschließen. Er könnte sich vorstellen, in den Vorlagen neben den „finanziellen Auswirkungen“ auch die „Auswirkungen auf das Klima“ aufzunehmen.

Herr Wolter betont für die UWG, dass bei den Beschlüssen der Blick auf Hückeswagen gerichtet werden muss. Der Umweltschutz wird bereits bei vielen Maßnahmen berücksichtigt. Die Einrichtung eines Umweltausschusses hält er für eine gute Idee. Einen Notstand auszurufen sieht er nicht als sinnvoll an.

Auch Frau Thiel für die FaB bevorzugt konkrete Maßnahmen. Die Fraktion würde die Ausrufung eines Klimanotstandes nicht unterstützen.

Bürgermeister Persian stellt fest, dass alle Fraktionen das Ziel des Klimaschutzes unterstützen, aber derzeit noch keine Entscheidung möglich ist. Es wird vereinbart, das Thema weiter im Planungsausschuss zu beraten. Dort sollen auch Unterlagen des Weltklimarates beigebracht werden.

Beschluss:

Es erfolgt keine Abstimmung, die Angelegenheit soll im Planungsausschuss weiter beraten werden.

**zu 4 Projektliste Regionales Gebäudemanagement
Vorlage: FB IV/3752/2019**

Zu Beginn stellt Herr Persian anhand einer Präsentation vor, welche Maßnahmen nach der Evaluation des RGM bereits ergriffen und umgesetzt wurden. Er stellt fest, dass das RGM sich auf einem guten Weg befindet. Auf Nachfrage erläutert Frau Garschagen, dass das Ticketsystem der besseren Nachverfolgbarkeit der Aufträge dient. Die Priorität der Abarbeitung wird dabei ggf. von Herrn Raabe festgelegt.

Eine Maßnahme aus der Evaluation ist die Erstellung einer Prioritätenliste für die großen Bauvorhaben. Herr Persian betont nochmals, dass bei den großen Bauvorhaben grundsätzlich eine Fremdvergabe erfolgt. Dennoch verbleiben ca. 30 % der Aufgabe für die Bauherrenfunktion beim RGM.

Herr Wolter teilt als Mitglied des Lenkungskreises mit, dass die Situation derzeit unbefriedigend ist, weil nicht genug Personal vorhanden ist, um alle Aufgaben zu erledigen. Er sieht den Beschluss der Prioritätenliste aber als wichtig an.

Für die CDU teilt Herr Schütte mit, dass der Eindruck besteht, dass mehr Projekte für Wipperfürth als für Hückeswagen umgesetzt werden. Er sieht insbesondere die fehlende Umsetzung der Sanierung der Montanusschule als problematisch an, da hier Fördergelder enthalten sind. Er schlägt vor, dass Wipperfürth selber die Bauherrenfunktion für die eigenen Projekte übernimmt. Er sieht die Prioritätenliste so nicht als beschlussfähig an.

Die SPD würde der Liste im Grundsatz zustimmen, sieht aber ebenfalls die Montanusschule als Problem. Darüber hinaus weist Herr Grasmann auf die Kölner Str. 51 hin und betont, dass das Feuchtigkeitsproblem dort für die Mieter angegangen werden muss.

Auch FDP und UWG sehen es als großes Problem, dass durch die fehlende Sanierung der Montanusschule Fördergelder verloren gehen können. Dies muss unbedingt verhindert werden.

Herr Persian betont, dass bei den Projekten kein Ungleichgewicht zwischen

Wipperfürth und Hückeswagen vorliegt. Auch kann die Bauherrenfunktion nicht von Wipperfürth übernommen werden, da dies eine technische Aufgabe und damit auf das RGM übertragen ist.

Die vorliegende Liste geht vom derzeitigen Personalbestand aus. Sofern die für den nächsten TOP angekündigte Neueinstellung erfolgen kann, könnte hiermit auch die Montanusschule bearbeitet werden.

Herr Schütte betont, dass die Erwartungshaltung besteht, dass bis zum Ende des Jahres die Montanusschule in die Liste aufgenommen werden kann.

Es wird vorgeschlagen, den Beschlusstext um einen Passus zu erweitern, dass der Liste nur zugestimmt werden kann, wenn die Sanierung der Hauptschule so zeitnah erfolgt, dass die Fördermittel hierfür eingesetzt werden können.

Für den Stadtrat soll die Vorlage um einen entsprechenden Passus ergänzt werden. In dieser Sitzung erfolgt kein Beschluss.

zu 5 Änderung des Stellenplanes 2019: Einrichtung einer Stelle im Bereich Regionales Gebäudemanagement
Vorlage: FB I/3758/2019

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW eine Änderung des Stellenplanes 2019 durch die Einrichtung einer weiteren Stelle nach Entgeltgruppe 11 TVöD im Bereich des Regionalen Gebäudemanagements (Produktgruppe 1114 / Kostenstelle 100520).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Öffentlich - rechtliche Vereinbarung zur Zentralen Vergabe- und Beschaffungsstelle
Vorlage: FB I/3741/2019

Herr Persian erläutert, dass zur Vorbereitung dieser Entscheidung ein Workshop mit der Kommunalagentur stattgefunden hat. Hier wurde unter Beteiligung von Mitarbeitern beider Städte das vorliegende Konzept erarbeitet. Bei der Abstimmung über den gleichlautenden TOP im Wipperfürther Haupt- und Finanzausschuss wurde jedoch ein abweichender Beschluss gefasst. Der Beschlusstext in Wipperfürth lautet:

Die Kooperation mit Hückeswagen wird weiter befürwortet.

Die Zentrale Vergabe und Beschaffung soll vorerst nur in der Hansestadt Wipperfürth zusammengeführt werden. Soweit bis Oktober 2020 die organisatorischen Abläufe für die Vergabe und Beschaffung in Hückeswagen und Wipperfürth einheitlich organisiert sein sollten wird die Verwaltung beauftragt erneut

einen Beschlussentwurf zur interkommunalen Kooperation mit Hückeswagen vorzulegen inkl. einer dazu erforderlichen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die konkret und detailliert die Zusammenarbeit in diesem Bereich regeln soll.

Dies bedeutet, dass die bereits existierende Zusammenarbeit in diesem Bereich zunächst beendet wird. Herr Persian bedauert diese Entscheidung sehr. Daraus folgt aber auch, dass ein Beschluss in Hückeswagen über die Zusammenarbeit hinfällig ist. Hückeswagen wird dann die eigene Vergabestelle mit einem Mitarbeiter weiter betreiben. Wipperfürth muss ggf. einen neuen Mitarbeiter für die Vergaben einstellen. Er wird daher den ersten Punkt des Beschlusses zurückziehen. Lediglich über den Beitritt zur Kopart könne abgestimmt werden.

Auch die Fraktionen bedauern diese Entscheidung von Wipperfürth ausdrücklich, die es insbesondere dem RGM schwerer machen wird, da dann mit zwei Vergabestellen zu arbeiten ist.

Herr Schütte teilt für die CDU-Fraktion mit, dass noch Beratungsbedarf zu Kopart besteht, da man davon ausgegangen war, dass die ganze Vorlage zurückgezogen wird. Es wird daher kein Beschluss gefasst und für den Rat eine neue Vorlage erstellt.

**zu 7 Änderung des Stellenplanes 2019: Einrichtung einer Vollzeitstelle und Freigabe von 2 Stellen im Bereich der Zentralen Vergabestelle
Vorlage: FB I/3755/2019**

Da Wipperfürth die gemeinsame Vergabestelle nicht beschlossen hat, sind die ersten zwei Spiegelstriche des Beschlussentwurfs hinfällig. Es wird lediglich über die Freigabe der bestehenden Stelle für die Vergabestelle abgestimmt, da der bisherige Stelleinhaber gekündigt hat.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW die Freigabe der bereits vorhandenen Stelle nach EG 10, Kostenstelle 100560.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Änderung des Stellenplanes 2019 und Freigabe einer Teilzeitstelle im Bereich der Liegenschaftsverwaltung
Vorlage: FB I/3756/2019**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt

- eine Änderung des Stellenplanes 2019 durch die Aufstockung einer Stelle nach Entgeltgruppe 8 TVöD im Bereich der Liegenschaftsverwaltung (Produktbereich 1113/ Kostenstelle 100510) von 0,3 auf 0,5 Stellenanteil sowie

- deren Freigabe.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 9 Änderung des Stellenplanes 2019 und Stellenfreigabe im Bereich Stadtplanung
Vorlage: FB I/3747/2019

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die Stelle für 2020 im Stellenplan vorgesehen wird. Die Angabe in der Vorlage war missverständlich.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt als dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW

- eine Änderung des Stellenplanes 2019 durch die Einrichtung einer weiteren Stelle nach Entgeltgruppe 11 TVöD im Bereich der Stadtplanung im Fachbereich III (Produktbereich 51 – räumliche Planung und Entwicklung / Kostenstelle 130210) sowie
- deren Freigabe.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 10 Mitteilungen und Anfragen

Ordnungspartnerschaft

Auf Wunsch der SPD-Fraktion aus der letzten Ratssitzung berichtet Frau Heymann über die Erfahrungen für den Ordnungsdienst seit dem Beitritt zur Ordnungspartnerschaft.

Seit der Partnerschaft wird im Außendienst generell Dienstkleidung getragen und der entsprechende Dienstwagen genutzt. Hierdurch hat sich vor allem die Wahrnehmung der Bürger und die Akzeptanz des Ordnungsdienstes bei den Bürgern verändert. Die Präsenz wird erkannt und hat alleine schon positive Wirkung auf potentielle Störer. Den Ordnungskräften wird mit deutlich mehr Respekt entgegengetreten.

Gleichzeitig ist auch die Erwartung bei den Bürgern und auch der Polizei gestiegen. Situationen, die im klassischen dem Ordnungsamt zugerechnet werden, sollen auch möglichst schnell vom Ordnungsdienst geregelt werden. Dabei unterstützen die Kollegen auch die Polizei, da durch die Optik des Dienstwagens auch das lediglich am Fahrbahnrand parkende Fahrzeug schon für ordnungsgemäßes (Fahr-) Verhalten sorgt.

Durch die Partnerschaft erfolgt auch eine Unterstützung über Stadtgrenzen hin-

aus, so dass für den Karneval in Lindlar und beim Fest „Rade Karibisch“ jeweils zwei Hückeswagener Kräfte ausgeholfen haben. Im Gegenzug waren für das Altstadtfest jeweils zwei Kräfte aus Lindlar und Wipperfürth und eine Kraft aus Radevormwald im Einsatz.

Herr Grasemann berichtet, dass ihm aus der Bürgerschaft mitgeteilt wurde, dass die Akzeptanz des Ordnungsdienstes bei jungen Frauen nicht so gut ist. Aus den übrigen Fraktionen wird betont, dass der Ordnungsdienst sehr gute Arbeit leistet. Kritische Stimmen sollten im AK Sicherheit und Ordnung besprochen werden. Hier sollen auch Kennzahlen zum Ordnungsdienst vorgelegt werden.

Äußere Ortsumgebung

Herr Hager erkundigt sich, ob Herr Persian ein Gespräch mit dem zuständigen Minister zum Stand der Ortsumgebung geführt habe. Herr Persian verweist auf das bereits im Frühjahr geführte Gespräch. Herr Grasemann fragt nach, ob das Gutachten zum Vorkommen der Haselmaus bereits vorliegt. Herr Persian erläutert, dass die Umweltgutachten über ein ganzes Jahr geführt werden müssen.

Altstadtfest 2020

Herr Persian berichtet, dass nach der Festlegung des Wahltermins zur Kommunalwahl 2020 am 13. September das Altstadtfest verlegt werden muss, da die Verwaltung beide Ereignisse nicht gleichzeitig organisieren kann. Da am darauffolgenden Wochenende die Pflaumenkirmes in Rade und das Stadtfest im Wipperfürth stattfinden, kommt nur eine Verlegung auf das Wochenende 5./6. September in Frage. Dort kollidiert die Veranstaltung allerdings mit dem Sommerfest auf Straßweg. Herr Persian wird das Gespräch mit den Beteiligten in Straßweg suchen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.10.2019

Bürgermeister Dietmar Persian

Torsten Kemper
Schriftführer